Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Seller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansen, Josef Ollig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark, Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Gensler; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Köhler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Frauke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Panzenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dauch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haske (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stümpfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen der Verfasser gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Kaals. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Moskau auf dem Teststand

Präsident Nixon hatte bei seiner Amtsübernahme Anfang dieses Jahres dem weltpolitischen Geschehen einen neuen Akzent gegeben. Nach 1968, dem Jahr der Gewalt, sollte 1969 die Konfrontation durch Verhandlungen ersetzt werden.

Seitdem hat der neue Mann im Weißen Haus dieses Grundmotiv, das durch den Wunsch der Menschheit nach einer Zukunft ohne Daseinsbedrohung starken Auftrieb erhalten hat, in immer neuen Variationen vorgetragen. Johnson war noch vor einem Jahr Gefangener einer politischen Verstrickung, aus der er sich nur durch einen drastischen Führungsverzicht zu lösen vermochte. Nixon hat sich inzwischen durch seine Formel von der „Politik des Gesprächs" Handlungsfreiheit und Trümpfe geschaffen, die dem gesamten Westen nützlich sein können.

In diesen Prozeß der Entkrampfung hat Washington jetzt auch Berlin einzubeziehen versucht. Unter amerikanischer Federführung arbeiten die Partner der Bundesrepublik an einem Vorschlagspaket für den Kreml, das der geteilten Stadt Erleichterungen bringen soll.

Der Zeitpunkt ist nicht ungünstig. Seit etwa einem halben Jahr diktieren die außenpolitischen Sorgen den Sowjets eine konziliantere Haltung gegenüber dem Westen. Nach den Vorgängen in der Tschechoslowakei möchte der Kreml sogar auf ein kollektives Sicherheitssystem im asiatischen Raum.

In diesen Prozeß der Entkrampfung hat gern wieder langsam aus dem Gewand des Aggressors schlüpfen. Auch mögen den Sowjets Zweifel an der Beständigkeit eines Sicherheitssystems gekommen sein, das allein auf Drohungen und Einschüchterungen beruht. So drängen sie auf eine europäische Sicherheitskonferenz, auf Gespräche mit Amerika, ja.

Für die Befriedigung ihres stärker ins Bewußtsein getretenen Sicherheitsbedürfnisses braucht die Sowjetunion Gesprächspartner. Kein Wunder also, daß zur Zeit im Kreml, selbst gegenüber der Bundesrepublik, Töne angeschlagen werden, die sich im Vergleich zu früheren Sprachregelungen wie Schmalzeinklänge ausnehmen.

Es ist jetzt ein Gebot der politischen Logik, den Kreml auf den Teststand zu führen. Seit Ende des Krieges haben die Berlin-Initiativen der Sowjets nichts anderes als Krisen ausgelöst: Stalins Blockade, Chruschtschows Ultimatum und die mehrfachen Würgeversuche der gegenwärtig regierenden Führung. Jetzt könnte sich zeigen, ob und wieviel Substanz in den Beteuerungen der Sowjets enthalten ist, ob der Osten tatsächlich bereit ist, seine Waffen in der Garderobe abzugeben, wenn über den Frieden in Europa gesprochen werden soll.

Eben dieser Zweck des gegenwärtig vorbereiteten Berlin-Vorstoßes verbietet es jedoch, allzu große Hoffnungen an die Initiative zu knüpfen. Ja, es wäre sogar falsch, würde man dieses Unterfangen mit allzu hoch geschraubten Erwartungen belasten. Hier soll ja zunächst nur getestet werden, ob die Sowjets wenigstens bereit sind, der schwergeprüften deutschen Schicksalsinsel Berlin das ihr zustehende Lebensrecht in Freiheit zuzugestehen, oder ob sie noch immer diesen Knoten der deutschen Frage im kommunistischen Sinne zu liquidieren trachten.

Das Bemerkenswerte der Aktion dürfte sein, daß erstmals der Westen seine Hände frei hat, um eine Initiative zu ergreifen. Genau besehen, hatte kein westlicher Staatsmann in den letzten Jahren die Chance, Moskau Farbe bekennen zu lassen. Jetzt ist sie da. hjm

Bremer Bausenator Blase zurückgetreten

Er zog die Konsequenzen aus der Baulandaffäre

Eigener Bericht

er. **Bremen**, 1. August

Bausenator Wilhelm Blase (SPD) hat die persönlichen Konsequenzen aus der Bremer Baulandaffäre gezogen und ist von seinem Amt zurückgetreten. Er teilte seinen Entschluß in einem Telefongespräch aus seinem Urlaubsort Bayrisch-Zell dem Präsidenten des Bremer Senats, Hans Koschnick (SPD) mit.

Vor Journalisten sagte Koschnick kurze Zeit später, er habe die Demission „im Namen des Gesamtsenats" angenommen. Gleichzeitig erklärte er, Blase habe „mit seinem Rücktritt die politisch-parlamentarische Verantwortung für das Geschehen in der Bauverwaltung übernommen". Der Bürgermeister fügte hinzu, es werde ihm nun leichter fallen, Vorschläge über personelle Veränderungen in der Liegenschaftsverwaltung sofort zu akzeptieren.

Rücktrittsmeldung aus dem Urlaub: Senator Blase

Der Bremer Senat will heute in einer Sondersitzung über die Vertretung des bisherigen Bausenators im Amt beraten.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe des Grundstück-Skandals klären soll, hat die Forderung des aus den Bremer Januar-Unruhen im Jahre 1968 bekanntgewordenen Geschäftsführers des Beat-Lokals „Lila Oase", Gert Settje, nach einer Abberufung des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Wolfgang Grantz aus Bremerhaven abgelehnt.

Settje hatte diese Forderung auf einer Versammlung des SPD-Ortsvereins „Bremer Altstadt" erhoben und mit der Feststellung begründet: „Der Notar Grantz (SPD) hat in Bremerhaven sämtliche Grundstücksverträge für die Bundesautobahn beurkundet. Er ist damit Belasteter im Sinne des Unterausschusses."

Ausschußvorsitzender Günter Klein (CDU) sagte dazu: „Grantz war bei diesen Geschäften nicht anwaltlich tätig, wie bei den Verhandlungen in Bremerhaven Anwälte überhaupt nicht eingeschaltet waren." Die Verdächtigungen gegen Grantz entbehrten jeder Grundlage. Sie würden von dem Ausschuß dahingehend gewertet, daß offensichtlich bestimmte Personen die Arbeit dieses Ausschusses durch bewußte Diffamierung von Mitgliedern zu erschweren trachteten.

Am 8. August wird der Ausschuß einen Oberamtsrat der Bremer Justizverwaltung zu den im Zusammenhang mit den umstrittenen Grundstückskäufen gezahlten Rechtsanwaltsgebühren als Gutachter hören. Es soll geklärt werden, ob diese Zahlungen im Widerspruch zur geltenden Rechtsauffassung stehen. Auch wird der Bremer Finanzsenator Rolf Speckmann (FDP) als Zeuge aussagen. Ferner sollen Grundeigentümer und Journalisten gehört werden.

Heinemann wollte mit den Studenten reden. Aber:

Zu dem offiziellen Gespräch kam es nicht

Kurz vor dem Gespräch, das keines wurde: Heinemann vor dem Gästehaus

Von unserem Redaktionsmitglied **Ursula Weiner**

Hamburg, 1. August

Die Absichten waren die besten, die Resultate unbefriedigend. Das für gestern nachmittag vorgesehene Gespräch des Bundespräsidenten mit offiziellen Vertretern der Studentenschaft scheiterte an der Frage, ob Pressevertreter zugelassen würden oder nicht. Es gab keinen Kompromiß. Dr. Heinemann bestand darauf, das Gespräch intern ohne Beisein der Presse zu führen, weil er zunächst die Argumente der Studenten kennenlernen und sich eine Meinung bilden wollte, ohne eine Erklärung abzugeben. Die Studenten verlangten Öffentlichkeit, da die Zeit der „unverbindlichen Teegespräche" vorbei sein müsse.

Bitte nicht fotografieren! Ein Student will sich vor den Kameras schützen
Fotos: Gisela Floto

Die Situation war skurril. Um 17 Uhr betrat Dr. Heinemann, begleitet von seiner Frau, den für das Gespräch vorgesehenen kleinen Raum im Gästehaus des Senats am Feenteich. Er sah sich nur etwa zehn Personen gegenüber: dem Universitätsdozenten Dr. Immanuel Geiss, den er von früher her kennt, und der ein Gespräch mit Studenten angeregt hatte, und einigen politisch interessierten Studenten.

Draußen, auf dem Rasen vor der Alster, debattierten rund 20 offizielle Vertreter der Hamburger Studentenschaften mit Dr. Heinemanns Pressereferenten über die Zulassung der Presse zum Gespräch. Die vom Protokoll vorgesehenen 90 Minuten verstrichen.

Das Gespräch Dr. Heinmanns mit der Gruppe um Dr. Geiss verlief indessen in sachlicher, gelockerter Atmosphäre. Debattiert wurde hauptsächlich die Frage der Amnestie für Studenten, die nach den Osterunruhen in Prozesse verwickelt wurden.

Dr. Heinemann erklärte unter anderem: „Eine Amnestie kann nur durch Gesetz ergehen." Es seien aber noch viele Einzelheiten zu klären, wie die Frage der Sachbeschädigung und der Körperverletzung. Dr. Heinemann: „Demonstrieren als solches ist keine strafbare Handlung." Gewaltanwendungen hingegen müßten aus dem Spiel gelassen werden. Dr. Heinemann: „Sie müssen sich doch klar darüber sein, daß Sie die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik durch Sachbeschädigungen und Körperverletzungen geradezu füttern."

Draußen, auf dem Rasen, hatte man sich nach etwa einer Stunde dahingehend geeinigt, daß man den Bundespräsidenten selbst um Zulassung der Presse bitten wolle. Um 18 Uhr betraten die Vertreter der Allgemeinen Studenten-Ausschüsse den Raum.

Die Studenten erklärten: „Herr Heinemann, wir, als Vertreter der Hamburger Studentenschaften, wollen Ihren Antrittsbesuch in der Hansestadt dazu benutzen, Fragen zu brennenden politischen Problemen zu stellen. Dieses Gespräch soll für uns als Test dafür dienen, ob es noch sinnvoll ist, Verhandlungen zwischen Repräsentanten der Studentenschaft und dem Bundespräsidenten zu führen. Deswegen kann unserer Meinung nach das Gespräch nicht im unverbindlichen privaten Rahmen stattfinden. Wir können es unserer eigenen Öffentlichkeit gegenüber nicht verantworten, wenn das Gespräch praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit vorgenommen würde."

Dr. Heinemann: „Ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie mir den Gefallen täten, mir überhaupt erst einmal Klarheit zu verschaffen über das, was Sie wollen, was Sie sind und wer was repräsentiert, ehe Sie mich damit überfordern, jetzt sozusagen hochamtliche Erklärungen abzugeben. Ich stehe am Anfang meines Amtes. Ich bin bereit, die wesentlichen Beteiligten kennenzulernen und entgegenzunehmen, was sie wollen."

Es kam zu keiner Einigung. Die Probleme des Ordnungsrechtes, der Amnestie und der Beteiligung der Studenten im Wissenschaftsrat blieben undiskutiert. Die Vertreter der Studentenschaften verließen den Raum.

Die Polizei hatte sich für das Kontaktgespräch des Bundespräsidenten mit den Hamburger Studenten etwas ausgedacht, was nicht gerade für Entspannung beitrug und auch vom Bundespräsidenten nicht gebilligt wurde. Sie fotografierte jeden Teilnehmer ganz offiziell mit einer großen Kamera.

Mit oder ohne Presse: Dr. Heinemanns Pressereferent diskutiert mit Studenten

Deserteure müssen vorerst in Berlin bleiben

Von unserer Berliner Redaktion

wy. **Berlin**, 1. August

Die drei Westalliierten haben den Berliner Senat ersucht, bis auf weiteres keine Bundeswehr-Deserteure mehr in die Bundesrepublik zu überführen. Vor einer abschließenden Stellungnahme wollen die drei Schutzmächte (USA, Großbritannien, Frankreich) eine gründliche Prüfung der Rechtslage vornehmen.

Die Schutzmächte haben darauf hingewiesen, daß es weiterhin ihr vordringliches Interesse sei, den besonderen Status von Berlin vor jedem Mißbrauch zu schützen. In diesem Zusammenhang werde gegenwärtig die Frage der Behandlung von Deserteuren in Berlin untersucht.

Von dem Ersuchen der Westalliierten sind zunächst drei in Berlin inhaftierte Wehrpflichtige betroffen, die sich nach der Musterung durch Übersiedlung nach West-Berlin der Einberufung entzogen hatten. Bei der britischen Schutzmacht sollen Bedenken aufgetreten sein, ob auch Wehrpflichtige, die sich nach Erhalt ihres Einberufungsbefehls aber vor Beginn ihres Dienstes bei der Bundeswehr nach Berlin abgesetzt haben, im Wege der Amtshilfe von West-Berliner Behörden in das Bundesgebiet überführt werden können. Die am vergangenen Wochenende in die Bundesrepublik überführten Deserteure hatten sich erst einige Zeit nach Beginn ihres Wehrdienstes nach Berlin abgesetzt.

Die britischen Bedenken stützen sich darauf, daß in ausländischen Rechtsvorschriften zwischen diesen beiden Fällen der Desertion Unterschiede gemacht werden. Das deutsche Wehrstrafrecht kennt diese Unterschiede jedoch nicht.

Weitere politische Berichte auf den Seiten 17 und 18

BUNTE WELT

Freundschaftsbesuch

Der amerikanische Raketenzerstörer „Dewey" ist zu einem Freundschaftsbesuch in den jugoslawischen Hafen Dubrovnik eingelaufen. Das Kriegsschiff wird sich vier Tage lang im Adria-Hafen aufhalten.

Mondgestein für alle da

Die vom Mond mitgebrachten Gesteinsbrocken gehören dem amerikanischen Steuerzahler und dürfen nicht an ausländische Regierungen verschenkt werden. Diese Ansicht vertrat der Kongreßabgeordnete Bray aus Indiana. Er brachte einen Gesetzentwurf ein.

Anzeige

backe besser mit Gloria Mehl

Ein neues Fahrzeug

Die New Yorker Polizei hat einen Armee-Schützenpanzerwagen in ihr Fahrzeug-Arsenal aufgenommen, der als Rotkreuzfahrzeug eingesetzt werden soll. Bei Unruhen sollen mit diesem Fahrzeug Verwundete geborgen und in Sicherheit gebracht werden.

20 Millionen Rumänen

Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu hat bei einer Feier auf dem Platz der Republik in Bukarest den 20millionsten Einwohner Rumäniens geküßt. Ceausescu nahm den einen Monat alten Daniel Stanculescu in die Arme; küßte ihn väterlich und wünschte ihm ein glückliches Leben.

Staatschef Ceausescu

Ministerin stellt sich

Frauen, Teenager und Twens in der Bundesrepublik sollen ausreichend Gelegenheit erhalten, die ins Schußfeld der CDU-Kritik geratene Bundesministerin Käte Strobel persönlich zu befragen. Bei der heute beginnenden Aktion „Darüber müssen wir sprechen" will die Ministerin Städte zwischen den Alpen und der Nordsee besuchen und sich den Fragen des weiblichen Publikums stellen.

Anzeige

Ford BUNDESEN
Haupthändler • Neu- u. Gebrauchtwg.
Wandsbeker Chaussee 329 | Hoheluftchaussee 76
Friedrich-Ebert-Damm 196 | 68 23 01 / 46 17 61

Reisevorbereitungen

Bundeskanzler Kiesinger hat seinen Urlaub unterbrochen und ist nach Bonn zurückgekehrt, um sich für seine am 5. August beginnende US-Reise vorzubereiten.

Revolte im Zuchthaus

Im Berliner Zuchthaus Tegel ist es zu einer Revolte von 70 Häftlingen gekommen. Sie randalierten aus Protest gegen das seit Wochen angeblich schlechte Essen.

Über 7000 Passierscheine

7688 West-Berliner haben im Juli ihre Angehörigen in Ost-Berlin besuchen dürfen. In 652 Fällen wurden die bei der „Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten" eingereichten Anträge von den mitteldeutschen Behörden abgelehnt.

UNO im Papierkrieg

Die Weltorganisation erstickt in einer Flut von Resolutionen, Dokumentationen, Anhängen, Erklärungen und sonstigen Druck-Erzeugnissen. In einer Erklärung wird der Nachweis, daß die 594 666 490 von der UNO veröffentlichten Druckseiten entschieden des Guten zuviel seien, auf 57 Seiten geführt.

Viele Gründe für Ihren Möbelkauf bei uns

Einladung zum Tag der offenen Tür
Sonnabend bis 18.00

Bummeln Sie zwanglos durch unsere Ausstellungsräume und überzeugen Sie sich von unserem Angebot. Unser fortschrittliches Großunternehmen bietet ihnen echte Einkaufsvorteile durch Preis, Qualität und Kundendienst.
Unsere freundlichen Fachkräfte beraten Sie nur, wenn Sie es wünschen.

Die große Möbelmarke
MUSTERRING international

Postel jetzt 8x in Hamburg

Innenstadt: Steindamm 59 und Steindamm 81
Altona: Große Bergstraße 264 mit Passage zur Neuen Großen Bergstraße
Eimsbüttel: Eimsbütteler Chaussee 47-51 und 56-66
Osdorf: »Elbe Einkaufszentrum«
Barmbek: Hamburger Str. 159-169 Verkaufsmagazin und Verwaltung: Gluckstraße 63-67
Telefon-Sa.-Nr. 29 10 85

EINRICHTUNGSHÄUSER Postel EINRICHTUNGSHÄUSER